

## TP Perspectives – Newsflash

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europäische Kommission hat am 12. September 2023 den Entwurf einer EU-Verrechnungspreisrichtlinie<sup>1</sup> veröffentlicht. Die Verrechnungspreisrichtlinie ist Teil des von der Europäischen Kommission angestrebten Rahmenwerks zur Unternehmensbesteuerung (Business in Europe: Framework for Income Taxation, „BEFIT“), welches weitere sehr bedeutsame Neuerungen – wie zum Beispiel die Einführung einer einheitlichen Steuerbemessungsgrundlage für innerhalb der EU tätige Unternehmen – vorsieht. Ebenfalls sieht der Vorschlag der BEFIT-Richtlinie einen risikoorientierten Ansatz für Verrechnungspreis-Compliance in Form eines Ampelsystems für z.B. Vertriebsgesellschaften mit eingeschränkten Funktions- und Risikoprofil (Limited Risk Distributor, LRD) vor. Demnach soll der geforderte Umfang der Verrechnungspreis-Compliance für Steuerpflichtige je geringer sein, je höher die erzielte Profitabilität des Steuerpflichtigen im Vergleich zu einer öffentlichen EU Benchmark ist (und umgekehrt).

Ziel der nun vorgelegten EU-Verrechnungspreisrichtlinie ist eine schrittweise Harmonisierung der Verrechnungspreisvorschriften innerhalb der EU, u.a. um Compliance-Kosten für Unternehmen in der EU zu senken und Doppelbesteuerungsrisiken zu reduzieren. Dadurch soll die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarktes und dessen Attraktivität für Investoren gestärkt werden. Auch vor dem Hintergrund der mitunter abweichenden Auslegung und Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes und der OECD-Verrechnungspreisleitlinien durch die EU-Mitgliedsstaaten ist der nun veröffentlichte Vorschlag der EU ein Meilenstein und aus Sicht von in der EU tätigen multinationalen Unternehmen zu begrüßen. Der Richtlinienentwurf sieht u.a. vor, den Fremdvergleichsgrundsatz und die OECD-Verrechnungspreisleitlinien in europäisches Recht aufzunehmen und wichtige Verrechnungspreisvorschriften wie die Definition der verbundenen Unternehmen, die Verrechnungspreismethoden, die Wahl der am besten geeigneten Verrechnungspreismethode, die Vergleichbarkeitsanalyse, die Bestimmung einer fremdüblichen Bandbreite sowie die Verrechnungspreisdokumentationsanforderungen EU-weit einheitlich zu regeln. Darüber hinaus sieht die EU-Verrechnungspreisrichtlinie unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf korrespondierende Gegenberichtigung binnen 180 Tagen nach Antrag des betroffenen Steuerpflichtigen (sog. „Fast Track“-Gegenberichtigungen) vor. Zudem werden Jahresend Anpassungen ebenfalls durch den Richtlinienentwurf unter bestimmten Voraussetzungen anerkannt. Die Vorschriften der EU-Verrechnungspreisrichtlinie sollen erstmalig ab dem 1. Januar 2026 verbindlich anzuwenden sein.

Dieser Newsflash gibt einen Überblick über die wesentlichen Regelungen des Richtlinienentwurfs und nimmt eine erste Würdigung der angedachten Regelungen vor.

### **Ziele der EU-Verrechnungspreisrichtlinie**

Mit der geplanten EU-Verrechnungspreisrichtlinie ist beabsichtigt, die Auslegung des Fremdvergleichsgrundsatzes und die Anwendung der Verrechnungspreisregelungen innerhalb der EU schrittweise anzugleichen.<sup>2</sup> Die angedachte Angleichung der Verrechnungspreisvorschriften soll das Risiko von Rechtsstreitigkeiten und Doppelbesteuerung sowie die entsprechenden Compliance-Kosten für Unternehmen in der

---

<sup>1</sup> European Commission, Proposal for a Council Directive on Transfer Pricing, {SWD(2023) 309-309 final}; (COM(2023) 529 final, 2023/0322 (CNS). Hiernach auch mitunter als „Richtlinienentwurf“ bezeichnet.

<sup>2</sup> Der Veröffentlichung der vorliegenden EU-Verrechnungspreisrichtlinie war eine Abwägung zwischen verschiedenen Optionen vorangegangen. So sah die diskutierte Option 1 lediglich die Implementierung des Fremdver-

EU verringern und dadurch die Rechtssicherheit für in der EU tätige multinationale Unternehmen erhöhen. Gleichzeitig soll die Angleichung der Verrechnungspreisvorschriften nach Ansicht der Europäischen Kommission den Gestaltungsspielraum für Unternehmen in der EU einschränken, Gewinnverlagerungen und Steuervermeidung mittels ihrer Verrechnungspreise vorzunehmen. Insgesamt soll durch die Umsetzung der EU-Verrechnungspreisrichtlinie die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz des europäischen Binnenmarkts verbessert werden.

## **Kernelemente der EU-Verrechnungspreisrichtlinie**

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, beruht der Richtlinienentwurf auf den folgenden Kernelementen:

- 1) den Fremdvergleichsgrundsatz in europäisches Recht zu integrieren,
- 2) die wichtigsten Verrechnungspreisregelungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu harmonisieren,
- 3) die Rolle und den Status der OECD-Verrechnungspreisleitlinien<sup>3</sup> EU-weit einheitlich zu definieren sowie
- 4) die Möglichkeit zu schaffen, innerhalb der EU gemeinsame verbindliche Regelungen für bestimmte Verrechnungspreisthemen in Einklang mit den OECD-Verrechnungspreisleitlinien aufzustellen.

## **Struktur und Umfang der EU-Verrechnungspreisrichtlinie**

Der Richtlinienentwurf umfasst insgesamt 50 Seiten, davon 17 Seiten Motivation und Begründung. Der eigentliche Vorschlag für eine EU-Verrechnungspreisrichtlinie umfasst einschließlich Erläuterungen (S. 18 bis 23) sowie Ausführungen zum Legislative Financial Statement (Seite 35 ff.) insgesamt 22 Artikel, die die geplanten Verrechnungspreisregelungen der Richtlinie enthalten. Die 22 Artikel des Richtlinienentwurfs unterteilen sich in vier Kapitel: Kapitel I enthält allgemeine Bestimmungen (*General Provisions*), Kapitel II enthält die Verrechnungspreisvorschriften (*Transfer Pricing Rules*), Kapitel III enthält Anwendungsvorschriften (*Organisation*) und Kapitel IV enthält die Schlussbestimmungen (*Final Provisions*).

## **Inhalt der EU-Verrechnungspreisrichtlinie**

Das Kapitel I der EU-Verrechnungspreisrichtlinie beschreibt die mit der Richtlinie verfolgten Ziele und enthält die für Zwecke der Richtlinie notwendigen Definitionen. Inhaltlich wird in Kapitel I klargestellt, dass der Anwendungsbereich der Richtlinie sowohl verbundene Unternehmen als auch Betriebsstätten umfassen soll.

Kapitel II enthält die Legaldefinition des Fremdvergleichsgrundsatzes sowie die wesentlichen Verrechnungspreisregelungen der EU-Verrechnungspreisrichtlinie, die nachfolgend in gebotener Kürze zusammengefasst werden:

---

gleichsgrundsatzes und der OECD-Verrechnungspreisrichtlinien in europäisches Recht vor. Die diskutierte Option 2 sieht dagegen neben der Implementierung des Fremdvergleichsgrundsatzes und der OECD-Verrechnungspreisrichtlinien in europäisches Recht zusätzlich die schrittweise Entwicklung gemeinsamer Ansätze zur Anwendung der Verrechnungspreisregelungen in der EU vor. Die Europäische Kommission hat sich nach Abwägung anhand verschiedener Kriterien für Option 2 entschieden und dies entsprechend in dem nun veröffentlichten Entwurf einer EU-Verrechnungspreisrichtlinie reflektiert.

<sup>3</sup> OECD (2022), OECD Transfer Pricing Guidelines for Multinational Enterprises and Tax Administrations 2022, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/oe655865-en>.

- Definition verbundener Unternehmen: Verbundenheit soll bei einer Beteiligung von mehr als 25% oder bei der Möglichkeit der Ausübung eines beherrschenden Einflusses gegeben sein; Betriebsstätten werden stets als verbundene Unternehmen betrachtet;
- Korrespondierende Gegenberichtigungen: Recht bzw. Möglichkeit zur Vornahme von korrespondierenden Gegenberichtigungen als Folge von Verrechnungspreisanpassungen in einer steuerlichen Außenprüfung. Einführung sog. „Fast Track“-Gegenberichtigungen, die unter bestimmten Voraussetzungen korrespondierende Gegenberichtigungen innerhalb von 180 Tagen nach Antrag des Steuerpflichtigen ermöglichen sollen;
- Jahresendanpassungen: Rechtliche Verankerung der Möglichkeit der Durchführung von Jahresendanpassungen unter bestimmten Voraussetzungen;
- Weitere Anwendungsvorschriften zum Fremdvergleichsgrundsatz i.S.d. der OECD-Verrechnungspreisrichtlinien wie die Abgrenzung der gegenständlichen konzerninternen Transaktion, die anzuwendenden Verrechnungspreismethoden (Preisvergleichsmethode, Wiederverkaufspreismethode, Kostenaufschlagsmethode, geschäftsvorfallbezogene Nettomargenmethode sowie Gewinnaufteilungsmethode), die Wahl der am besten geeigneten Verrechnungspreismethode, die Vergleichbarkeitsanalyse sowie die Bestimmung einer fremdüblichen Bandbreite. Hierzu ist zu erwähnen, dass die EU-Verrechnungspreisrichtlinie auf die Interquartilsbandbreite abstellt und im Grundsatz eine Anpassung auf den Median vorsieht, wenn das Ergebnis des Steuerpflichtigen außerhalb der Interquartilsbandbreite liegt;
- Verrechnungspreisdokumentation: Definition von inhaltlichen Mindestanforderungen an die Verrechnungspreisdokumentation sowie Ermächtigung für die Europäische Kommission, weitere Einzelheiten und Inhalte der Verrechnungspreisdokumentation zu regeln.

Das Kapitel III der EU-Verrechnungspreisrichtlinie bestimmt, dass die Verrechnungspreisregelungen der EU-Verrechnungspreisrichtlinie in Übereinstimmung mit den OECD-Verrechnungspreisleitlinien angewandt werden sollen. Zudem enthält Kapitel III eine Ermächtigung für die Europäische Kommission, für spezifische Verrechnungspreisthemen gemeinsame verbindliche Regelungen in Einklang mit den OECD-Verrechnungspreisleitlinien für die EU aufzustellen. Das Kapitel IV enthält abschließende Bestimmungen u.a., dass die Vorschriften der EU-Verrechnungspreisrichtlinie erstmalig ab dem 1. Januar 2026 anzuwenden sein sollen.

Die EU-Verrechnungspreisrichtlinie enthält keinerlei Missbrauchs- oder Sanktionsvorschriften. Weitere Einzelheiten zu den Kapiteln und den einzelnen Artikeln der EU-Verrechnungspreisrichtlinie können der Anlage entnommen werden.

### **Erste Würdigung des vorgelegten Entwurfs der EU-Verrechnungspreisrichtlinie**

Bei Umsetzung der EU-Verrechnungspreisrichtlinie würden wesentliche inhaltliche Aspekte der OECD-Verrechnungspreisleitlinien zwecks Anwendung und Auslegung des Fremdvergleichsgrundsatzes (wie die Verrechnungspreismethoden, die Wahl der am besten geeigneten Verrechnungspreismethode oder die Vergleichbarkeitsanalyse) direkt in europäisches Recht überführt werden. Gleichzeitig wären die EU-Mitgliedsstaaten dazu angehalten, die Verrechnungspreisregelungen in Übereinstimmung mit den OECD-Verrechnungspreisleitlinien anzuwenden.

Die mit der EU-Verrechnungspreisrichtlinie beabsichtigte Harmonisierung der Verrechnungspreisregelungen in der EU wäre aus Sicht multinationaler Unternehmen absolut zu begrüßen, denn eine vereinheitlichte

Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes sowie vereinheitlichte Dokumentationsanforderungen könnten in der Tat das Risiko von Rechtsstreitigkeiten und Doppelbesteuerung sowie die Compliance-Kosten für in der EU tätige multinationale Unternehmen verringern und insgesamt zu einer höheren Rechtssicherheit beitragen. In diesem Zusammenhang sind besonders positiv die in der EU-Verrechnungspreisrichtlinie vorgesehene Möglichkeit zur Vornahme von Jahresend Anpassungen sowie die avisierte Einführung des grundsätzlichen Rechts (unter bestimmten Voraussetzungen) auf Durchführung sog. „Fast Track“-Gegenberichtigungen hervorzuheben. So ist die Möglichkeit zur Durchführung von Jahresend Anpassungen derzeit uneinheitlich in den EU-Mitgliedsstaaten gesetzlich geregelt, so dass diese häufig im Rahmen von steuerlichen Außenprüfungen kontrovers diskutiert werden. Die Vereinheitlichung der Jahresend Anpassungen wäre daher eine deutliche Verbesserung gegenüber der aktuellen Rechtslage in den EU-Mitgliedsstaaten. Ähnlich verhält es sich derzeit mit der Durchführung von korrespondierenden Gegenberichtigungen außerhalb von Verständigungsverfahren. Einige EU-Mitgliedsstaaten wie z.B. Irland sehen die Möglichkeit zur korrespondierenden Gegenberichtigung nach lokalem Recht gar nicht vor. Darüber hinaus sind korrespondierende Gegenberichtigungen derzeit im Regelfall im Ermessen der Finanzverwaltung des betroffenen EU-Mitgliedsstaats. In diesen Fällen stellt die EU-Verrechnungspreisrichtlinie eine echte Verfahrenvereinfachung dar und könnte die Situation für in der EU tätige multinationale Unternehmen erheblich verbessern.

Trotz der exemplarisch genannten möglichen positiven Impulse der EU-Verrechnungspreisrichtlinie sind im Hinblick auf deren Umsetzung in nationales Recht noch viele Fragen ungeklärt. Aus deutscher Sicht stellt sich zunächst die Frage, ob die Implementierung der angedachten Regelungen der EU-Verrechnungspreisrichtlinie in § 1 AStG erfolgen kann oder aber ob ein neues, separates Gesetz erforderlich wird. Denn so wie die EU-Verrechnungspreisrichtlinie formuliert ist, stellt sich die fundamentale Frage, ob deren Umsetzung noch unter einer Korrekturnorm wie dem § 1 AStG zu subsumieren sein kann oder aber ob die angedachten Regelungen der EU-Verrechnungspreisrichtlinie nicht vielmehr als Einkommensermittlungsvorschriften zu verstehen sein dürften. In jedem Fall müsste allerdings die gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden, auch Einkünfterminderungen bei fremdunüblichen Verrechnungspreisen vornehmen zu können, um die avisierten Gegenberichtigungen zu ermöglichen und das Ziel einer Reduzierung von Doppelbesteuerungsfällen zu erreichen. Dies wäre aus unserer Sicht sehr zu begrüßen und würde eine deutliche Verbesserung gegenüber der aktuellen Rechtslage darstellen, wonach Einkünfterkorrekturen in Deutschland nur nach oben hin möglich sind.

Die EU-Verrechnungspreisrichtlinie sieht darüber hinaus vor, dass die OECD-Verrechnungspreisleitlinien in ihrer jeweils aktuellen Fassung anzuwenden sind. Hier bleibt unklar, ob dies so zu verstehen ist, dass die OECD-Verrechnungspreisleitlinien in ihrer jeweils aktuellen Fassung auch für vergangene Jahre gelten sollen, die verfahrensrechtlich noch „offen“ sind. Vor dem Hintergrund der ständigen BFH-Rechtsprechung, welche sich für eine statische Abkommensauslegung ausspricht, und des verfassungsrechtlich gebotenen Rückwirkungsverbotes sollte dies aus unserer Sicht abzulehnen sein. Nichtsdestotrotz wäre eine einheitliche Auslegung des Fremdvergleichsgrundsatzes auf Basis der jeweils aktuellsten Fassung der OECD-Verrechnungspreisleitlinien (zumindest für künftige Jahre) vor dem Hintergrund der Harmonisierungsbestrebungen und des gesetzten Ziels, Doppelbesteuerungsrisiken zu reduzieren, sehr wünschenswert.

Mit Blick auf die in Artikel 6 (*Corresponding adjustments*) enthaltene Regelung, dass Steuerpflichtige unter gewissen Voraussetzungen ein Recht auf korrespondierende Gegenberichtigung haben, stellt sich die Frage, ob Einkommensanpassungen im Zuge einer einvernehmlichen Einigung zwischen Finanzamt und Steuerpflichtigem in einer steuerlichen Außenprüfung im Wege eines Gesamtkompromisses oder aber in Schätzungsfällen überhaupt hierunter fallen können. Möglicherweise sind gerade die Voraussetzungen an eine korrespondierende Gegenberichtigung nicht erfüllt, weil der Nachweis der Erfüllung des Fremdvergleichsgrundsatzes für einzelne Transaktionen aus Sicht des anderen EU-Mitgliedsstaats nicht geführt

wurde und vor dem Hintergrund der Einigung im Wege eines Gesamtkompromisses bzw. der Durchführung einer Schätzung nicht geführt werden kann. Die in Artikel 6 ebenfalls geregelten „Fast Track“-Gegenberichtigungen stellen ein eigenständiges Verfahren zur Beseitigung der Doppelbesteuerung dar und sind u.E. sehr zu befürworten, ließe sich dadurch doch relativ schnell und unbürokratisch ein Verrechnungspreisdisput ohne Einleitung eines langwierigen Verständigungsverfahrens beseitigen. Weiterhin sollte die EU-weite gesetzliche Verankerung von Jahresendanpassungen Klarheit und Sicherheit schaffen. Wünschenswert wäre in diesem sehr praxisrelevanten Bereich noch eine Klarstellung, ob in den Anwendungsbereich des Artikels 7 (*Compensating adjustment*) nur Jahresendanpassungen durch Steuerpflichtige fallen, oder ob hierunter auch beispielsweise durch Steuerpflichtige vorgenommene Korrekturen von Verrechnungspreisen i. S. d. § 153 AO zu verstehen sind.

Aus deutscher Sicht stellt sich hinsichtlich des Methodenartikels 9 (*Transfer pricing methods*) die Frage, ob der hypothetische Fremdvergleich und die Regelungen zur Funktionsverlagerung einschließlich der Bewertungsvorschriften zum Transferpaket hierunter subsumiert werden können. Aus unserer Sicht sollte dies jedoch abzulehnen sein, da den OECD-Verrechnungspreisleitlinien diese sehr spezifischen Interpretationen der deutschen Finanzverwaltung zum Fremdvergleichsgrundsatz fremd sind und andererseits das gesetzte Ziel einer EU-weiten Harmonisierung der Auslegung des Fremdvergleichsgrundsatzes gefährdet würde. Eine Streichung dieser deutschen Spezifika wäre auf jeden Fall wünschenswert, sollten sich dadurch doch die Anzahl der Verrechnungspreisstreitigkeiten in Betriebsprüfungen signifikant reduzieren lassen.

## **Fazit und Ausblick**

Der Richtlinienentwurf legt mit der geplanten Überführung des Fremdvergleichsgrundsatzes in europäisches Recht den Grundstein für die Harmonisierung der Verrechnungspreisregelungen in der EU. Die im Richtlinienentwurf enthaltenen Regelungen zur Anwendung und Auslegung des Fremdvergleichsgrundsatzes behandeln dabei noch nicht sämtliche Verrechnungspreisthemen im Detail. Diesem Umstand wird jedoch im Richtlinienentwurf bereits durch die vorgesehene Ermächtigung für die Europäische Kommission Rechnung getragen, zu Spezialthemen wie immateriellen Vermögensgegenständen, Dienstleistungen, Kostenumlagen, Unternehmensumstrukturierungen, Finanztransaktionen sowie Geschäftsbeziehungen zwischen Stammhaus und Betriebsstätte entsprechende Regelungen zu erlassen. Auch für die weitere Angleichung der Verrechnungspreisdokumentationsvorschriften in der EU enthält der Richtlinienentwurf eine entsprechende Ermächtigung für die Europäische Kommission.

Die nun von der Europäischen Kommission forcierte Harmonisierung der Verrechnungspreisregelungen ist aus Sicht von in der EU tätigen multinationalen Unternehmen schon allein vor dem Hintergrund der regelmäßig kontrovers geführten Diskussionen zu Verrechnungspreisthemen in steuerlichen Außenprüfungen sehr zu begrüßen. Da sich die deutsche Finanzverwaltung mit Veröffentlichung der Verwaltungsgrundsätze Verrechnungspreise vom 6. Juni 2023 zu den OECD-Verrechnungspreisleitlinien klar bekannt hat, ist zu erwarten, dass selbst bei Umsetzung der EU-Verrechnungspreisrichtlinie die damit verbundenen Änderungen für deutsche Steuerpflichtige in der Praxis zwar eher geringer ausfallen, aber aufgrund der EU-weiten Umsetzung dennoch mit weniger Doppelbesteuerung oder einem schnelleren Verfahren einhergehen.

Da die EU-Verrechnungspreisrichtlinie die Gesetzgebungskompetenz der EU-Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung betrifft, unterliegt diese nach Artikel 115 AEUV<sup>4</sup> dem Einstimmigkeitserfordernis. Insofern bleibt die weitere Entwicklung hinsichtlich der EU-Verrechnungspreisrichtlinie auch angesichts des Einstimmigkeitserfordernisses abzuwarten.

---

<sup>4</sup> Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.



## Anlage

### Kapitel I (General Provisions)

- Artikel 1 (*Subject matter*) beschreibt die mit der Richtlinie verfolgten Ziele, nämlich die Harmonisierung der Verrechnungspreisvorschriften der EU-Mitgliedsstaaten und die Gewährleistung einer gemeinsamen Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes innerhalb der EU.
- Artikel 2 (*Scope*) regelt den Anwendungsbereich der Richtlinie. Dieser umfasst verbundene Unternehmen, die in einem oder mehreren EU-Mitgliedsstaaten tätig sind. Ebenfalls umfasst von der Richtlinie sind Betriebsstätten.
- Artikel 3 (*Definitions*) enthält die für Zwecke der Richtlinie notwendigen Definitionen.

### Kapitel II (Transfer Pricing Rules)

- Artikel 4 (*General rule on the application of the arm's length principle*) regelt die Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes.
- Artikel 5 (*Associated enterprises*) enthält die Definition der verbundenen Unternehmen und sieht u.a. eine Verbundenheit bei einer Beteiligung von mehr als 25% oder bei der Möglichkeit der Ausübung eines beherrschenden Einflusses vor. Artikel 5 stellt auch klar, dass Betriebsstätten als verbundene Unternehmen zu betrachten sind.
- Artikel 6 (*Corresponding adjustments*) enthält Bestimmungen zur Vornahme von korrespondierenden Gegenberichtigungen als Folge von Verrechnungspreisanpassungen in einer steuerlichen Außenprüfung in einem anderen EU-Mitgliedsstaat, um Doppelbesteuerung für die betroffenen Unternehmen möglichst zu vermeiden. Insbesondere ist in Artikel 6 die Einführung sog. „Fast Track“-Gegenberichtigungen vorgesehen, wodurch eine als Folge einer steuerlichen Außenprüfung eingetretene Doppelbesteuerung unter bestimmten Voraussetzungen innerhalb von 180 Tagen nach Antrag des Steuerpflichtigen ohne Einleitung eines Verständigungsverfahrens mittels Durchführung einer korrespondierenden Gegenberichtigung eliminiert werden kann.
- Artikel 7 (*Compensating adjustment*) definiert einen Kriterienkatalog als Voraussetzung für die steuerliche Anerkennung von Jahresendpassungen.
- Artikel 8 (*Identifying the commercial or financial relations*) regelt, dass der erste Schritt der Verrechnungspreisanalyse darin besteht, die gegenständlichen konzerninternen Transaktionen genau abzugrenzen, indem ihre ökonomisch relevanten Charakteristika analysiert werden, wobei nicht nur bestehende Verträge, sondern auch das tatsächliche Verhalten der an der gegenständlichen Transaktion beteiligten verbundenen Unternehmen berücksichtigt werden muss.
- Artikel 9 (*Transfer pricing methods*) bestimmt, dass für die Ermittlung fremdüblicher Verrechnungspreise grundsätzlich die Preisvergleichsmethode, Wiederverkaufspreismethode, Kostenaufschlagsmethode, geschäftsvorfallbezogene Nettomargenmethode oder die geschäftsvorfallbezogene Gewinnaufteilungsmethode angewendet werden soll. Sollte keine dieser fünf Verrechnungspreismethoden im Einzelfall zuverlässig angewendet werden können, ist vorgesehen, dass auch andere Methoden bzw. Bewertungstechniken unter bestimmten Voraussetzungen angewendet werden dürfen, um einen fremdüblichen Verrechnungspreis zu bestimmen.
- Artikel 10 (*The most appropriate method rule*) verlangt die Anwendung der am besten geeigneten Verrechnungspreismethode im jeweiligen Einzelfall und sieht für die Wahl dieser Methode bestimmte Kriterien vor.
- Artikel 11 (*Comparability analysis*) enthält Regelungen zur Vergleichbarkeitsanalyse, sieht eine Unterscheidung zwischen uneingeschränkt und eingeschränkt vergleichbaren Dritttransaktionen vor und bestimmt, dass die im Rahmen der Vergleichbarkeitsanalyse durchgeführten Suchen nach vergleichbaren Dritttransaktionen transparent und reproduzierbar sein müssen.

- Artikel 12 (*Determination of the arm's length range*) stellt auf die Interquartilsbandbreite ab und sieht im Grundsatz eine Anpassung auf den Median vor, wenn das Ergebnis des Steuerpflichtigen außerhalb der Interquartilsbandbreite fremdüblicher Verrechnungspreise liegt.
- Artikel 13 (*Transfer pricing documentation*) verlangt die Anfertigung einer Verrechnungspreisdokumentation, die inhaltlich mindestens die in Artikel 8 bis 12 der EU-Verrechnungspreisrichtlinie behandelten Aspekte umfassen sollte. Darüber hinaus sieht der Artikel 13 eine Ermächtigung für die Europäische Kommission vor, weitere Einzelheiten und Inhalte der Verrechnungspreisdokumentation zu regeln.

### **Kapitel III (Organisation)**

- Artikel 14 (*Application of the arm's length principle*) bestimmt, dass die Verrechnungspreisregelungen in Kapitel II der EU-Verrechnungspreisrichtlinie in Übereinstimmung mit den OECD-Verrechnungspreisleitlinien angewandt werden sollen. Zudem enthält Artikel 14 eine Ermächtigung für die Europäische Kommission, für die folgenden Verrechnungspreisthemen gemeinsame verbindliche Regelungen in Einklang mit den OECD-Verrechnungspreisleitlinien für die EU aufzustellen:
  - a) Übertragung von immateriellen Vermögensgegenständen oder Rechten, einschließlich schwer zu bewertender immaterieller Vermögensgegenstände,
  - b) Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich der Erbringung von Marketing- und Vertriebsdienstleistungen,
  - c) Kostenumlagen,
  - d) Unternehmensumstrukturierungen,
  - e) Finanztransaktionen sowie
  - f) Geschäftsbeziehungen zwischen Stammhaus und Betriebsstätte.

### **Kapitel IV (Final Provisions)**

- Artikel 15 (*Evaluation*), Artikel 16 (*Data protection*), Artikel 17 (*Committee procedure*), Artikel 18 (*Exercise of delegation*) und Artikel 19 (*Informing the European Parliament*) enthalten weitergehende Bestimmungen.
- Artikel 20 (*Transposition*) bestimmt, dass die EU-Mitgliedsstaaten die EU-Verrechnungspreisrichtlinie bis spätestens 31. Dezember 2025 in nationales Recht überführt haben müssen. Die Vorschriften der EU-Verrechnungspreisrichtlinie sollen erstmalig ab dem 1. Januar 2026 anzuwenden sein.
- Artikel 21 (*Entry into force*) regelt, dass die Richtlinie am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft tritt.
- Artikel 22 (*Addressees*) bestimmt die EU-Mitgliedsstaaten als Adressaten der Richtlinie.